



**Bürgerbewegung pro Köln e.V.
in der Vertretung des Stadtbezirkes Nippes**

pro Köln – Neußer Straße 450 – 50733 Köln

gleichlautend:

Herrn Bezirksvorsteher
Bernd Schößler

Herrn Oberbürgermeister
Fritz Schramma

Manfred Rouhs

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12
Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

21.08.2007

Dringlichkeitsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	23.08.2007

Kampagne "Migranten-Gewalt STOP" für Nippes

Die Bezirksvertretung Nippes beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit Zug um Zug e.V. und der Polizei eine Kampagne „Migranten-Gewalt STOP“ ins Leben zu rufen, um die Öffentlichkeit im Stadtbezirk für das Problem der Entwicklung der Gewaltkriminalität in Nippes zu sensibilisieren. Die Kosten dafür sollen aus den bereits bestehenden Etats für Öffentlichkeitsarbeit bei allen Beteiligten getragen werden.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, künftig in Zusammenarbeit mit der Polizei die Erfassung des Anteils von Zuwanderern bei den jugendlichen Straftätern, die Gewaltdelikte begehen, sicherzustellen.

Begründung:

Aus einer Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Bürgerbewegung pro Köln für die Sitzung der Bezirksvertretung Nippes am 23.08.2007 geht hervor, daß im Bereich von Körperverletzungsdelikte der Stadtteil Nippes zahlenmäßig stärker belastet ist als die meisten anderen Stadtgebiete. Eine Vielzahl dieser Delikte wird den Angaben zufolge durch jugendliche Straftäter begangen. Zudem liegen bei der Polizei Erkenntnisse darüber vor, daß hierbei die Beteiligung von Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund im Deliktsbereich Körperverletzung überproportional hoch ist.

Darüber hinaus ergibt sich aus der Verwaltungsantwort, daß der Anteil von Personen mit Zuwanderungshintergrund bei den Straftätern im Stadtbezirk Nippes nicht systematisch, sondern nur durch die Polizei sporadisch statistisch erfaßt wird. Dies geschieht offensichtlich in der Absicht, das Problem der Gewalt, die von bestimmten Gruppen jugendlicher Zuwande-

rer ausgeht, aus dem öffentlichen Bewußtsein zu verdrängen. Bestehende Probleme lassen sich aber nicht durch Wegsehen lösen. Die öffentliche Thematisierung der Migranten-Gewalt kann vielmehr ein erster Schritt auf dem Weg zu deren wirksamer Eindämmung sein, für die neben kommunal- auch landes- und bundespolitische Maßnahmen nötig wären.

Begründung für die Dringlichkeit:

Die Antwort der Verwaltung auf die pro-Köln-Anfrage „Jugendliche Straftäter im Sozialraum Flemingstraße“, auf die der vorstehende Antrag reagiert, liegt erst seit wenigen Tagen vor. Da die in dieser Verwaltungsantwort enthaltenen Sachinformationen Grundlage des Antrags sind, war dessen Erstellung unter Einhaltung der Antragsfrist nicht möglich.

gez. Rouhs